

Kiel, im April 2017

Wahlprüfsteine Für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein e.V.

Antworten der FDP Schleswig-Holstein

1 Immissionsschutz

1.1 Hält Ihre Partei den aktuellen Mindestabstand von 400 Metern von Windkraftflächen zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich für ausreichend?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, dass der konkrete Abstand im Außenbereich grundsätzlich das 4-fache der Gesamthöhe der Windkraftanlage, mindestens aber 500m betragen sollte. Über die tatsächlichen Abstände sowie Ausnahmen vom Mindestabstand sollten aber die Gemeinden vor Ort bestimmen dürfen.

1.2 Hält Ihre Partei den aktuellen Mindestabstand von 800 Metern von Windkraftflächen zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und Erholungsfunktion für ausreichend?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, dass der konkrete Abstand zum Innenbereich grundsätzlich das 7-fache der Gesamthöhe der Windkraftanlage, mindestens aber 1000m betragen sollte. Über die tatsächlichen Abstände sowie Ausnahmen vom Mindestabstand sollten aber die Gemeinden vor Ort bestimmen dürfen.

1.3 Hält Ihre Partei eine Entschädigungszahlung für belastete Anwohner aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen und des Verlusts von Lebensqualität für sinnvoll?

Antwort:

Die FDP Schleswig-Holstein wird sich für eine wissenschaftliche Überprüfung der Prognosen und Bewertungen von Schallimmissionen für hohe Anlagen einsetzen, die auch gesundheitsschädliche Auswirkungen durch übermäßige und vor allem niederfrequente Schallentwicklung und Infraschall untersucht. Wir fordern zudem eine Revision der Schallprognosen nach der TA-Lärm, die der größeren Anlagenhöhe und der Belastung in Innenräumen Rechnung trägt.

Die Erforderlichkeit von Entschädigungszahlung kann erst nach Vorliegen der Ergebnisse seriös beantwortet werden.

1.4 Hält Ihre Partei Entschädigungszahlungen für Immobilienentwertung für sinnvoll?

Antwort:

Die FDP Schleswig-Holstein ist der Ansicht, dass möglichen Vermögensverlusten von Immobilien durch eine Ansiedlung von Windenergieanlagen vor allem durch größere Abstände zu Wohnbebauungen entgegengewirkt werden kann.

1.5 Tritt Ihre Partei für die bedarfsgerechte Befeuerung (radargestützt) zum Schutz der Bevölkerung ein?

Antwort:

Ja. Für Neuanlagen ist eine bedarfsgerechte Befeuerung verpflichtend einzuführen.

2 Energiepolitisches Ziel

2.1 Hält Ihre Partei ein festes Planziel für den Zubau von installierter Leistung durch Windkraft onshore für sinnvoll? Falls ja, in welcher Höhe?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein ist der Ansicht, dass die planwirtschaftlichen Festlegungen auf überehrgeizige Ziele die notwendige Offenheit für einen technischen und wissenschaftlichen Fortschritt nimmt.

2.2 Hält Ihre Partei ein festes Planziel für den Zubau von installierter Leistung durch Windkraft offshore für sinnvoll? Falls ja, in welcher Höhe?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein ist der Ansicht, dass die planwirtschaftlichen Festlegungen auf überehrgeizige Ziele die notwendige Offenheit für einen technischen und wissenschaftlichen Fortschritt nimmt.

2.3 Hält Ihre Partei ein festes Planziel für die mit Windkraft zu bebauende Landesfläche für sinnvoll? Falls ja, wieviel Prozent der Landesfläche?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein spricht sich aber für einen moderaten und mit dem Netzausbau synchronisierten Ausbau der Windenergie an Land aus. Eine Verhinderungsplanung lehnen wir ab.

2.4 Setzt Ihre Partei primär auf marktwirtschaftliche Mittel (Zertifikathandel oder CO2-Steuer), damit der CO2-Ausstoß verringert wird?

Antwort:

Ja. Die FDP Schleswig-Holstein plädiert aber auch für eine sukzessive Verknappung der Lizenzen, um Forschungs- und Effizienzanreize zu schaffen.

2.5 Setzt Ihre Partei primär auf planwirtschaftliche Mittel (Ausbaukorridore, finanzielle Umverteilung durch Vorgaben des Staates), damit der CO2-Ausstoß verringert wird?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein hält den Ausbau der Windenergie für nur bedingt geeignet, um den CO2-Ausstoß zu verringern. Bisher hat der Zubau von Windkraftanlagen aufgrund des europäischen Emissionshandelssystems sogar überhaupt keinen Einfluss auf den CO2-Ausstoß. Da sich der Ausbau der Windenergie primär auf den Stromsektor auswirkt, der aber nur einen Teil des Gesamtenergieverbrauchs ausmacht, kann Windenergie theoretisch auch ohnehin nur einen sehr geringen Einfluss auf den CO2-Ausstoß entfalten.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist aus Sicht der FDP sogar teilweise kontraproduktiv, weil es zur Vergünstigung der Lizenzen führt, und muss trotz der erfolgten Anpassungen in Richtung Direktvermarktung und Ausschreibungsmodellen weiter für mehr Markt- und Systemintegration angepasst und mittelfristig abgeschafft werden.

2.6 Setzt Ihre Partei primär auf Verbesserung von Energieeffizienz, damit der CO2-Ausstoß verringert wird?

Antwort:

Die FDP Schleswig-Holstein ist der Auffassung, dass hier die Potentiale zur Verringerung des CO2-Ausstoßes mit am Größten sind und entsprechende Forschungen ausgebaut und Energieeinsparungen und Steigerungen der Energieeffizienz besser gefördert werden müssen.

3 Kosten – Netzstabilität

3.1 Hält Ihre Partei es für sinnvoll, den Zubau zusätzlicher Windkraftanlagen zu forcieren, solange aufgrund fehlender Stromtrassen und Speichermöglichkeiten die erzeugte Energie nicht abgeführt werden kann?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, den Ausbau der Windkraft mit dem Netzausbau zu synchronisieren.

3.2 Zur Förderung der erneuerbaren Energien muss der Bürger jedes Jahr mehr bezahlen. Soll die bestehende Art der Förderung weiter erhöht, auf dieser Höhe beibehalten, reduziert oder ganz abgeschafft werden?

Antwort:

Aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein muss die Förderung der erneuerbaren Energien sukzessive reduziert und mittelfristig abgeschafft werden. Stattdessen muss sich die staatliche Förderung stärker auf die Bereiche der Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz konzentrieren.

3.3 Hält Ihre Partei es für sinnvoll, dass die Netzentgelte länderspezifisch unterschiedlich hoch ausfallen?

Antwort:

Nein. Regional unterschiedliche Netzentgelte belasten die Verbraucher in Schleswig-Holstein überproportional stark. Die FDP spricht sich deshalb für ein bundeseinheitliches Netzentgelt aus.

3.4 Ab wann sollte das Energiesystem in der Lage sein ohne staatlich garantierte Vergütungen/Subventionen auszukommen?

Antwort:

Die FDP spricht sich dafür aus, die Subventionierung mittelfristig abzuschaffen. Bedenkt man aber, dass nach den derzeitigen Plänen der Bundesregierung für die Energiewende allein bis zum Jahr 2030 noch Subventionen von rund 200 Mrd. Euro fällig werden dürften, muss das prioritäre Ziel die sukzessive Verringerung der Subventionierung sein. Aus Sicht der FDP würde dies zu mehr Wettbewerb und so zu mehr Innovationen führen, was letztlich auch die Förderungsbedürftigkeit der Anlagen mindern würde.

3.5 Durch Abschaltmaßnahmen (EinsMan) entstehen in Deutschland jährlich Kosten in der Größenordnung von über 400 Millionen Euro mit steigender Tendenz. Hält Ihre Partei es für sinnvoll, dass WKA-Betreiber Zahlungen erhalten, obwohl kein Strom geliefert wird?

Antwort:

Die FDP setzt sich dafür ein, dass wir einen wesentlichen Teil des in unserem Bundesland anfallenden Wind- und Solarstromes künftig nicht mehr per Abschaltung der Anlagen ungenutzt lassen, sondern über neue praxisreife und kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten einer Wertschöpfung für Schleswig-Holstein zuführen. Das sind zum Beispiel "Power to heat" oder die Wasserstoffproduktion aus Überschussstrom und die Einleitung des Wasserstoffes in das Erdgassystem.

Auch Versuche, den Überschussstrom in Akkumulatoren aufzunehmen und von dort im Bedarfsfalle wieder abzuführen, werden von der FDP unterstützt.

3.6 Windenergie ist volatil und steht regelmäßig, zum Teil über Wochen, nur minimal zur Verfügung (Flaute/Dunkelflaute). Welche ergänzenden Technologien sind nach Ansicht Ihrer Partei sinnvoll, um die Abhängigkeit von Kernkraft zu überwinden (z.B. Gaskraftwerke, Pumpspeicherkraftwerke, Geothermie, Power-to-Gas, Akkumulatoren)?

Antwort:

Herkömmliche Speichertechnologien wie Pumpspeicherkraftwerke sind zwar effektiv, reichen aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein für die Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien aber nicht aus, um Schwankungen bei der Erzeugung sinnvoll zu nutzen. Power-to-Gas hat bereits erfolgreich den Praxistest bestanden. Regulatorische Hemmnisse für den Großeinsatz sind beschleunigt abzubauen.

Die FDP tritt dafür ein, Forschung und Entwicklung anderer Speichertechnologien (z.B. auch Biomethan) verstärkt zu fördern, um die schnellere Marktreife von tragfähigen Speicherlösungen zu erreichen. Die FDP fordert, dass das Land gemeinsam mit den (Fach-)Hochschulen durch Forschungsschwerpunkte, aber auch in den Bildungszentren und in Unternehmen durch unterstützende Ausbildungsangebote tätig wird.

Auch Versuche, den Überschussstrom in Akkumulatoren aufzunehmen und von dort im Bedarfsfalle wieder abzuführen, werden von der FDP unterstützt.

3.7 Wie groß müsste nach Meinung Ihrer Partei die Speicher-/Konversionskapazität in Schleswig-Holstein ausgelegt sein, um nach Abschaltung aller konventionellen Kraftwerke den Energiebedarf bei Dunkelflaute die Stromversorgung durch erneuerbare Energien Schleswig-Holsteins sicher zu decken?

Antwort:

Eine genaue Zahl lässt sich aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund des technischen Fortschrittes nicht seriös prognostizieren. Gleichwohl ist offensichtlich, dass noch sehr große Anstrengungen vonnöten sein werden, um genügend Speicherkapazitäten vorzuhalten. Umso wichtiger ist es, den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau und der Entwicklung von Speichermethoden zu synchronisieren.

3.8 Welche Speichermöglichkeiten hält Ihre Partei für systemtauglich?

Antwort:

Strom zu speichern, ist aufwändig, technisch anspruchsvoll und auch teuer. Die FDP Schleswig-Holstein hält eine Intensivierung der Erforschung von Speichermethoden deshalb für zwingend notwendig. Hier sollte vor allem auf Power-to-Gas, Power-to-Heat, Biomethan und Batterien gesetzt werden.

3.9 Welche Forschungsschwerpunkte setzt Ihre Partei, um die Probleme der Energiewende zu bewältigen?

Antwort:

Aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein ist eine intensivere Erforschung der erneuerbaren Energien insgesamt erforderlich. Dafür muss der Markt auch wieder wettbewerbsintensiver werden, weshalb die fortschrittshemmende Subventionierung mittelfristig reduziert und abgeschafft werden muss.

Ein Schwerpunkt muss aus Sicht der FDP die Forschung in den Bereichen Energieeinsparung und Steigerungen der Energieeffizienz sein. Daneben ist vor allem eine bessere Erforschung neuer Energiespeicher und der konfliktärmeren Solarenergie notwendig.

3.10 Aktuell drehen sich in Deutschland über 27 000 WKA. Müllentsorgungsunternehmen geben an, dass Recycling und Deponielagerung für diese Zahl von WKA nicht möglich sei. Wie gedenkt Ihre Partei die Entsorgungsproblematik von alten WKA zu lösen?

Antwort:

Nach derzeitigem Stand sind nur die mit glasfaserverstärkten Kunststoffen verstärkten Rotorblätter und die Gondelverkleidung nicht recyclingfähig. Allerdings kommt hier zumindest die Nutzung eines stofflich-thermischen Recyclings in der Zement- oder Stahlherstellung in Betracht.

Aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein sollte aber auch geprüft werden, inwieweit eine Richtlinie, die recyclingfreundliche Materialien für den Bau von Windkraftanlagen vorschreibt, sinnvoll ist.

4 Mitsprache

4.1 Sollten bei der Planung von Windeignungsgebieten und der Genehmigung von Anlagen nach Meinung Ihrer Partei die betroffenen Gemeinden und deren Bürger ein vollumfängliches Mitspracherecht erhalten?

Antwort:

Ja. Die FDP spricht sich für eine möglichst verbindliche Berücksichtigung des Bürgerwillens im Planungsverfahren aus und wird jede rechtssichere Lösung mittragen.

Die FDP Schleswig-Holstein ist sich aber auch bewusst, dass die derzeitige Rechtslage eine Mitbestimmung über das "Ob" der Ausweisung von Windeignungsgebieten nicht ermöglicht.

4.2 Welche Maßnahmen wird Ihre Partei einleiten, um die Planungshoheit der Gemeinden wiederherzustellen?

Antwort:

Aus Sicht der FDP sollten den Gemeinden in Hinblick auf das "Wie" der windenergetischen Nutzung weitest mögliche Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden. Dies gilt insbesondere bezogen auf die Höhe der Windkraftanlagen und die Abstände zur Wohnbebauung.

4.3 Welche Haltung nimmt Ihre Partei zu einer Einführung von Volksentscheiden zu Themen von nationaler Bedeutung z.B. der Energieversorgung ein?

Antwort:

Die FDP setzt sich für die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auch auf der Ebene des Bundes ein.

4.4 Häufig verfügen die betroffenen Bürger nicht über die erforderlichen Mittel, um die aufwendigen Nachweise zu erbringen, dass z.B. Immissionsschutzwerte überschritten werden. Umgekehrt sind die Mittel der Windkraftbetreiber nahezu unbegrenzt, um den juristischen Spielraum maximal zu ihren Gunsten auszuschöpfen. Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um den betroffenen Bürgern zu Recht und Gerechtigkeit zu verhelfen?

Antwort:

Die FDP wird eine unabhängige Clearing-Stelle auf Landesebene für strittige Fragen des Windkraftausbaus einrichten, an die sich alle Bürger und Träger öffentlicher Belange wenden können. Die Clearingstelle hat die Aufgabe, das Ungleichgewicht der Mittel von Betreibern und Betroffenen auszugleichen, Betroffene in Rechtsfragen zu unterstützen und im Bedarfsfall die Kosten für ergänzende Gutachten zu tragen.

4.5 Wie genau will Ihre Partei mit den Ergebnissen des Anhörungsverfahrens der Regionalplanung Wind verfahren?

Antwort:

Jeder geltend gemachte abwägungserhebliche Belang, der von der Landesplanung nicht oder nur unzureichend berücksichtigt wurde, muss beachtet werden.

4.6 Dem aktuellen Entwurf für die potentiellen Vorranggebiete zur Windenergienutzung liegen die festgelegten harten und weichen Tabukriterien sowie Abwägungskriterien der derzeitigen Landesregierung zugrunde. Sind diese auch für Ihre Partei bindend oder werden Sie neue Kriterien aufstellen?

Antwort:

Die FDP Schleswig-Holstein wird sich dafür einsetzen, dass bestimmte weiche Tabukriterien sowie Abwägungskriterien im Rahmen des rechtlichen Möglichen und unter dem Vorbehalt, dass weitere Verzögerungen nicht die Absicherung der Regionalplanung gefährden, geändert werden. Dies betrifft insbesondere die Regelungen zum Küstenschutzstreifen sowie auch Kriterien des Denkmalschutzes, bei der die FDP jeweils flexiblere Lösungen anstrebt.

5 Schutz von Umwelt- und Kulturgütern

5.1 Sollten nach Auffassung Ihrer Partei Abstriche beim Artenschutz gemacht werden, um den Bau von Windkraftanlagen zu ermöglichen (Beispielsweise Nicht-Beachtung des Neuen Helgoländer Papiers zum Vogelschutz)?

Antwort:

Grundsätzlich sollten hier keine Abstriche gemacht werden. Wo die Belastungsgrenzen für einzelne Arten erreicht ist, darf es keinen weiteren Zubau von Windkraftanlagen mehr geben.

Die FDP Schleswig-Holstein spricht sich aber für eine wissenschaftliche Überprüfung der geltenden Regelungen aus.

5.2 Sollten nach Auffassung Ihrer Partei Abstriche beim Denkmalschutz gemacht werden, um den Bau von Windkraftanlagen zu ermöglichen (beispielsweise durch Relativierung des Denkmalschutzgesetzes, demzufolge der Eindruck von Kulturdenkmälern nicht wesentlich beeinträchtigt werden darf)?

Antwort:

Nein. Die FDP spricht sich für den Erhalt der schleswig-holsteinischen Kulturlandschaften und -güter aus. Bezogen auf Bodendenkmäler hält die FDP aber flexible Regelungen für sinnvoll.

5.3 Sollten nach Auffassung Ihrer Partei Abstriche beim Landschaftsschutz gemacht werden (charakteristische Landschaftsräume, regionale Grünzüge, Küstenstreifen), um den Bau von Windkraftanlagen zu ermöglichen?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein lehnt eine weitere Verschlechterung des Landschaftsschutzes ausdrücklich ab. Die FDP plädiert vielmehr für eine Aufwertung der charakteristischen Landschaftsräume.

5.4 Sollte es nach Auffassung Ihrer Partei Notfallpläne (Brandfall, außer Kontrolle geratene Anlagen) für die Gemeinden im Umkreis der Windparks geben sowie Informationen für die Feuerwehren?

Antwort:

Sofern die zuständigen Brandschutzbehörden und Feuerwehren dies für sinnvoll erachten, sind Notfallpläne unverzüglich zu erstellen.

5.5 Welche Sicherheiten sollten, nach Ansicht Ihrer Partei, die Betreiberfirmen erbringen, um den ordnungsgemäßen Zustand der Anlagengrundstücke nach Betriebseinstellung zu gewährleisten. Wie sollte mit finanziellen Sicherheiten verfahren werden, damit diese auch nach einem möglichen Betreiberkonkurs verfügbar sind?

Antwort:

Aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein ist der gesetzliche Rahmen hier ausreichend. Eine haftungs- oder insolvenzrechtliche Sonderregelung für Betreiber von Windkraftanlagen hält die FDP für nicht gerechtfertigt.

5.6 Wie definiert Ihre Partei das „Ende der technischen Lebenserwartung“, nach dem die Anlagen abgebaut werden müssen?

Antwort:

Eine programmatische Definition dazu hat die FDP Schleswig-Holstein nicht. Nach unserem Kenntnisstand liegt das „Ende der technischen Lebenserwartung“ grundsätzlich bei etwa 20 Jahren, wobei Studien belegen, dass Verschleißerscheinungen deutlich früher auftreten können. Zudem hängt die „technische Lebenserwartung“ vom jeweiligen Anlagentyp und –hersteller ab.

5.7 Sollte nach Ansicht Ihrer Partei die Privilegierung der Windanlagen nach Baugesetzbuch abgeschafft werden?

Antwort:

Nein. Die FDP Schleswig-Holstein spricht sich stattdessen für eine bessere Steuerung des Ausbaus der Windenergie aus.

Die Zulässigkeit von Windkraftanlagen würde sich dann aus Bebauungsplänen oder aus § 35 II, III BauGB ergeben. Die Landesplanung wäre über §§ 2, 8 ROG und § 1 BauGB gleichfalls verpflichtet, Eignungsflächen auszuweisen, wobei wiederum eine rechtsstaatliche Abwägung erforderlich wäre.

6 Tourismus

6.1 Der Tourismus ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen Standbeine Schleswig-Holsteins. Die statistische Studie "Gone with the Wind? The impact of wind turbines on tourism demand" der Leibniz Universität Hannover aus dem Jahr 2015 zeigt negative Auswirkungen von WKA auf den Tourismus. An der Küste weichen die Touristen in Nachbarregionen ohne oder mit weniger Windkraft aus. Gegenden mit Windkraft profitieren nicht so stark von dem Trend "Urlaub in Deutschland" wie windkraftfreie Regionen. Wie gedenkt Ihre Partei die touristische Attraktivität bei Windkraftausbau zu erhalten?

Antwort:

Auch die FDP sieht in den gravierenden Landschaftsveränderungen eine potentielle Gefahr für den Tourismus in Schleswig-Holstein. Deshalb plädiert die FDP auch für eine moderate Ausweitung der Repowering-Möglichkeiten, um die Verspargelung der Landschaft im Rahmen einer Flurbereinigung abzubauen, und eine stärkere Konzentration auf Windkraft offshore in küstenfernen Gebieten.